

[Springen Sie direkt: Zum Textanfang \(Navigation überspringen\)](#) [Zur Hauptnavigation](#) [Zum Kontaktformular](#) [Zur Suche](#)

<http://www.inwent.org/ez/articles/156345/index.de.shtml>

[Globale Trends]

Klimawandel und Migration

Die Durchschnittstemperatur der Atmosphäre wird weiter ansteigen, das sagt der Weltklimarat IPCC voraus. Die Folgen für Mensch und Umwelt werden dramatisch sein. Ad-hoc-Ereignisse wie etwa häufigere und größere wetterbedingte Naturkatastrophen aber auch langfristige Umweltveränderungen wie Wassermangel oder Dürren werden Millionen von Menschen zur Migration zwingen.



[Von Michelle Leighton, Thomas R. Loster und Koko Warner]

Nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) gibt es heute etwa 170 Millionen Migranten. Sie haben ihre Heimat aus politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründen verlassen. Würden diese Menschen eine Nation bilden, wäre dies der sechstgrößte Staat der Erde. Seine Bevölkerung würde schnell wachsen, weil der Klimawandel den aktuellen Lebensunterhalt vieler Menschen in Frage stellt. Laut IPCC-Schätzungen werden bis 2080

- zwei bis sieben Millionen Küstenbewohner von Überflutung betroffen sein,
- mehr als eine Milliarde Menschen an Trinkwassermangel leiden und
- 200 bis 600 Millionen von Hunger bedroht sein.

Schätzungen aktueller und künftiger Migrantenzahlen sind sehr umstritten. Experten gehen von zusätzlichen 25 bis 50 Millionen Migranten bis zum Jahr 2010 und fast 700 Millionen bis zum Jahr 2050 aus.

Ebenfalls umstritten ist, wie Menschen, die wegen Klima- und Umweltveränderungen abwandern, überhaupt zu nennen sind. Der Begriff „Umweltflüchtling“ steht im Raum, wird aber von vielen kritisiert, da „Flüchtling“ ein juristischer Begriff im Sinne der Genfer Konvention von 1951 ist. Deshalb sind auch Begriffe wie „Umweltmigranten“, „umweltbedingte Migranten“ oder sogar Kunstworte wie „Klimigrant“ im Umlauf.

Migration hat positive und negative Folgen, doch in der öffentlichen Meinung überwiegt eher Besorgnis. Als ernste Risiken gelten demografischer Druck, soziale Spannungen, Sicherheitsrisiken und eingeschränkte wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeiten. Selbstverständlich sind Umweltprobleme nicht der einzige Migrationsgrund, sie spielen aber eine zunehmend wichtige Rolle. Mit Sicherheit wird der Klimawandel Menschen in den weniger entwickelten Ländern am härtesten treffen.

Der Klimawandel zwingt schon heute zu Migration – zum Beispiel in

Alaska oder in kleinen pazifischen Inselstaaten. Polareis und Permafrost tauen auf, der Meeresspiegel steigt, und die Küstenerosion zwingt Menschen zum Wegzug. Ganze Gesellschaften müssen umsiedeln:

- Inuit sind gezwungen, Shishmaref in Alaska zu verlassen. Umsiedlungspläne gibt es seit mindestens 30 Jahren, jetzt aber wird die sofortige Umsetzung notwendig. Inuit in anderen Regionen von Alaska und Kanada sind ebenfalls betroffen.
- Der steigende Meeresspiegel zwingt tausende Bewohner kleiner Inselstaaten wie Tuvalu und Kiribati zur Emigration nach Australien und Neuseeland. Die Inselstaaten verhandeln bereits mit diesen und anderen Ländern, die Zuflucht bieten können.
- Die Malediven gehören weder der Afrikanischen Union noch anderen regionalen Dachorganisationen an. Ihre Regierung bittet deshalb die internationale Gemeinschaft um Hilfe und sie ist auch selbst aktiv. Wenn die Malediven untergehen, werden andere Staaten sicher helfen. Allerdings führt eine Rettung in letzter Minute selten zu nachhaltigen Lösungen.

Abwanderung wirft nicht nur ernste politische Fragen auf. Entwurzelte Menschen müssen sich in ihre neue Umgebung einpassen. Es geht also nicht nur um Infrastruktur und die Umsiedlung an sich, sondern auch um Themen wie Heimatverlust, Tradition, soziokulturelle und politische Umwelt, Gesundheit und persönlichen Lebensstil. Selbstverständlich müssen die Betroffenen bei der Lösungsfindung angemessen beteiligt werden.

Zweifellos werden Migrationsbewegungen in Zukunft ein neues Ausmaß annehmen. Bislang beschäftigen sich Politik und Öffentlichkeit mit Migrationsfragen bestenfalls aber ad hoc. Das Phänomen ist bei Weitem nicht genug erforscht. Andere globale Herausforderungen stehen im Vordergrund.

Unangemessenes Handeln

Nur wenige Länder haben Migration in ihre Adaptionenpläne, die sogenannten „National Adaptation Programmes of Action“ (NAPA) aufgenommen. Das NAPA-System soll Mittel aus einem Topf der internationalen Gemeinschaft nutzen. Entscheidungen über die Verteilung fallen auf dem Kopenhagener Weltklimagipfel COP 15 im Dezember. In einigen NAPAs ist Migration ein Kernbegriff, der in Zusammenhang mit dem Klimawandel oder mangelnder Anpassung daran steht. Einige wenige NAPAs verstehen unter Migration eine Anpassungsstrategie, andere schlagen ganz einfach Zwangsumsiedlungen vor.

Wenig deutet darauf hin, dass für „Migration als Anpassung“ internationale Regeln und Standards entwickelt werden. Zur Zeit existieren internationale Normen, die bestimmte Flüchtlingsgruppen schützen. Aber die Genfer Konvention von 1951 gewährt Migranten, die aufgrund von Umweltkatastrophen, -schäden oder -veränderungen ihr Land verlassen, keinen Schutz. Sie erkennt diese Kategorie von Menschen nicht einmal an.

Bislang besteht deshalb für einen bedeutenden Anteil der künftig vertriebenen Menschen kein juristischer Schutz. Das betrifft Personen, die

- aufgrund von Naturkatastrophen über Staatsgrenzen fliehen,
- wegen langfristiger Umweltveränderungen wie Dürren innerhalb oder außerhalb der Landesgrenzen umsiedeln,
- von Inseln oder Küsten, die der Anstieg des Meeresspiegels bedroht, ins Ausland abwandern oder
- generell Zuflucht aus Hochrisikozonen suchen.

Regierungen werden den politischen Willen entwickeln müssen, entsprechende Rechtslücken zu schließen und Abkommen zu treffen. Bislang weigern sie sich, ein multilaterales Regelwerk auszuhandeln, das Migration umfassend definiert und zugleich Klimaaspekte beinhaltet. Immigration ist in den meisten entwickelten Ländern politisch sehr umstritten, weil Fragen von Sicherheit und ökonomischer Gerechtigkeit betroffen sind.

Einige Länder wie Finnland oder Schweden haben klare Einreisebestimmungen für Umweltmigranten. Andere Länder verfolgen einen Ad-hoc-Ansatz. Die USA etwa gewähren einen „temporären“ Schutzstatus, der Migranten ein sechs- bis 18-monatiges Aufenthaltsrecht gewährt, wenn sie aufgrund potentieller Gefahren nicht in ihre Heimat zurückkehren können. Dabei spielt es keine Rolle, ob sie Flüchtlinge im engeren Sinn sind. Ermutigend ist eine Entscheidung des Europarats: er forderte die europäischen Regierungen auf, spezifische Standards innerhalb eines formellen Migrationsabkommens oder als Teil der Europäischen Menschenrechtskonvention zu definieren, um klimabedingte Migranten zu schützen.

Internationale Menschenrechtsorganisationen haben das Sekretariat der UN-Rahmenkonvention über den Klimawandel (UNFCCC) gebeten, das Thema in den Klimaverhandlungen von Kopenhagen im Dezember 2010 zu berücksichtigen. Einige Nichtregierungsorganisationen (NGOs) fordern sogar eine eigene UN-Konvention zum Thema.

Eine Debatte darüber, welche Politikfelder, Standards und Schutzmaßnahmen für klimabedingte Migranten angemessen sind, ist sicherlich nötig. Eines ist klar: Um Politikern mit nachhaltigen Lösungsvorschlägen zu helfen, sind politikorientierte Forschung und empirisch gewonnene Fakten nötig. Das EACH-FOR-Projekt der EU (siehe Kasten) ist ein aktuelles Beispiel, wie relevante Wissenslücken gefüllt werden können.

Eine Allianz für mehr Synergien

Im April 2008 haben die IOM, die UN University (UNU), das UN Umweltprogramm (UNEP), das Stockholm Environment Institute (SEI) und die Münchner Rück Stiftung die Climate Change, Environment and Migration Alliance (CCEMA) gegründet. Diese Kooperation folgt

der wachsenden Einsicht, dass bessere Synergien in Politik und Forschung erforderlich sind, um nachhaltige Lösungen zu finden und die Verbindung von Klimawandel und Migration besser zu verstehen.

Das Hauptziel der Allianz ist, Umwelt- und Klimawandelaspekte in das Migrationsmanagement zu integrieren. Zugleich müssen Migrationsfragen im globalen Umwelt- und Klimadiskurs aufgegriffen werden. Die CCEMA bietet eine Plattform, die Akteure in Forschung, Politik und Öffentlichkeit zusammenbringen soll.

Erkenntnisse von EACH-FOR

Die EU-Kommission hat vor kurzem ein Projekt namens EACH-FOR (Environmental Change and Forced Scenarios) gefördert, welches darauf abzielt, den Zusammenhang von Migration und Umweltveränderungen besser zu verstehen. Ziel war es, den Einfluss von Umweltveränderungen auf Migration zu bewerten, und zwar auf lokaler, regionaler, nationaler und internationaler Ebene. Fallstudien aus 23 Ländern in verschiedenen Erdteilen geben einen Einblick in Zusammenhänge mit Ereignissen wie Überflutungen, Wüstenbildung, Bodendegradation, Meeresspiegelanstieg oder Trinkwassermangel.

EACH-FOR hat alte und neue Migrationsmuster sowie die Dynamik der Umweltveränderungen untersucht. Die Forscher haben auch ermittelt, was Menschen trotz gravierender Bedrohungen in ihrer Heimat hält.

Die wichtigsten Ergebnisse von EACH-FOR lauten:

- Saisonale Migration spielt für viele Familien eine wichtige Rolle, um in der veränderten Umwelt zurecht zu kommen. Diese Überlebensstrategie wird an Bedeutung zunehmen, ebenso wie die Suche nach Ökosystemen, die agrarische Erwerbstätigkeit ermöglicht. Der Zusammenbruch von Ökosystemen wird vermutlich eine treibende Kraft für Langzeitmigration werden.
 - Katastrophen bleiben ein Hauptgrund für kurzfristige Umsiedlung und Migration. Länder, die nicht in Katastrophenvorsorge investieren, werden Probleme bekommen.
 - Der Anstieg des Meeresspiegels wird Risiken an Küsten wie Bodenversalzung, Überschwemmungen, Sturmfluten und Erosion vergrößern. Inselbewohner kleiner Staaten sind in besonderer Gefahr. In den Flussdeltas von Ganges, Mekong und Nil betrifft ein Meeresspiegelanstieg von nur einem Meter mehr als 24 Millionen Menschen – 1,5 Millionen Hektar der landwirtschaftlichen Nutzfläche sind unmittelbar gefährdet.
 - Viele Menschen werden ohne fremde Hilfe den negativen Folgen des Klimawandels nicht entkommen. Migration erfordert finanzielle, soziale und politische Ressourcen. Diese fehlen aber den am meisten verwundbaren Menschen. Fallstudien zeigen, dass die Zielorte ärmerer Umweltmigranten oft ähnlich gefährdet sind wie ihre Herkunftsorte. (ml, tl, kw)
-

Michelle Leighton

leitet das Human Rights Program am Center for Law and Global Justice, Jurafakultät der Universität von San Francisco.

ist Geschäftsführer der Stiftung der Münchener Rückversicherung.

»» tloster@munichre-foundation.org

Koko Warner

leitet die Abteilung „Umweltbedingte Migration, soziale Verletzlichkeit und Anpassung“ an der Universität der Vereinten Nationen in Bonn (Institute for Environment and Human Security).

Verwandte Artikel

»» [Mehr zum Thema Flüchtlinge, Migration](#)

»» [Mehr zum Thema Global Governance](#)

»» [Mehr zum Thema Klima, Energie](#)

■ E+Z, 2009/09, Schwerpunkt, Seite 323-325

[Drucken] [Top] [Impressum]

© E+Z 2007 - 2009